

IfM-Hintergrundinformation

zur Stimmungslage des industriellen Mittelstands – die wichtigsten Ergebnisse des BDI-PwC-Mittelstandspanel im Überblick

Zufriedenheit mit Wirtschaftspolitik nimmt leicht zu

Mehr Unternehmen als im Frühjahr 2015 empfinden den von der Wirtschaftspolitik geschaffenen Rahmen zwar als (sehr) gut – jedoch stellt der überwiegende Teil der industriellen Mittelständler den Rahmenbedingungen in Deutschland weiterhin bestenfalls die Note "befriedigend" aus. Dabei gilt: Größere Mittelständler bewerten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen besser als kleinere.

Je exportorientierter, desto zufriedener mit der eigenen Entwicklung

Trotz außenwirtschaftlicher Verunsicherung und eher moderater Entwicklung der Weltwirtschaft ist gut die Hälfte der industriellen Unternehmen mit der eigenen Geschäftslage (sehr) zufrieden. Dabei beurteilen Unternehmen, die auf Auslandsmärkten unterwegs sind, ihre wirtschaftliche Entwicklung besser als binnenmarktorientierte.

Hauptkonjunkturrisiken: Exportrückgang und Eurokrise

Auf Jahressicht sehen rund die Hälfte der Unternehmen des industriellen Mittelstands sowohl in der weiterhin schwelenden Eurokrise als auch in der nachlassenden Exportdynamik ein Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung. Um die fehlenden qualifizierten Fachkräfte sorgen sich insbesondere kleinere Mittelständler.

Bürokratiebelastung weiter gestiegen

Die mittelständischen Industrieunternehmen spüren mehrheitlich keine Entlastung bei ihren bürokratischen Pflichten. Im Gegenteil: Mehr als acht von zehn Unternehmen sehen in den letzten fünf Jahren eine Zunahme der Belastung – insbesondere was arbeits- und sozialrechtliche Regelungen betrifft. Für die größeren Mittelständler stellen zudem die Umweltauflagen eine Belastung dar, für die kleineren die steuerlichen Regelungen.

Mehr Bürokratie durch den Mindestlohn

Die Dokumentations-, Aufbewahrungs- und Bereithaltungspflichten, die durch die Einführung des Mindestlohns hinzugekommen sind, haben den bürokratischen Aufwand erhöht. Allerdings zahlt die Mehrheit der Unternehmen mehr als 8,50 € pro Stunde; nur jeder achte Mittelständler gab an, vor der Einführung des Mindestlohns teilweise weniger bezahlt zu haben. Vorrangig zählen hierzu Unternehmen der Vorleistungs- und Konsumgüterindustrie.

Mindestlohn hat nicht zum Arbeitsplatzverlust geführt

Auch wenn die Einführung des Mindestlohns zu mehr bürokratischem Aufwand und Personalkosten geführt hat, plant von den betroffenen Unternehmen nicht einmal jedes fünfte, die Inlandsbeschäftigung in Zukunft zu reduzieren.

Gefragt sind Fachkräfte

Zusätzliche Marktanteile und wachsende Inlandsmärkte sind die wichtigsten Gründe für die Unternehmen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Mehrheit der Unternehmen (80 %) plant, vorrangig qualifizierte Fach- und Führungskräfte zusätzlich einzustellen. Mehr bzw. selbst ausbilden wollen vor allem größere Mittelständler mit 100 und mehr Beschäftigten.

Integration der Flüchtlinge als personalpolitische Chance

Von der Politik erwarten die industriellen Mittelständler eine bessere Schulausbildung für den Fachkräftenachwuchs. Auch die Integration der Flüchtlinge stellt nach Ansicht der Mehrheit der Unternehmen eine Chance dar – allerdings hängt dies entscheidend vom Qualifikationsniveau ab und davon, wie gut ihre Integration in Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt gelingt.

[→ zum BDI-PwC-Mittelstandspanel](#)

Ansprechpartner

Dr. Siegrun Brink
Tel.: +49 228 7299746
E-Mail: [brink\(at\)ifm-bonn.org](mailto:brink(at)ifm-bonn.org)

Jonas Löher
Tel.: +49 228 7299768
E-Mail: [loeher\(at\)ifm-bonn.org](mailto:loeher(at)ifm-bonn.org)

[→ Profil von Dr. Siegrun Brink](#)

[→ Profil von Jonas Löher](#)